



Legitimation des Notfalls – Legitimationswandel im Notfall (LegiNot)

Motivation

Krisen wie die COVID-19-Pandemie haben das Potenzial, sich zuzuspitzen und Notfalllagen auszulösen. Der Staat, dem bei der Notfallbewältigung eine zentrale Rolle zukommt, reagiert mit unterschiedlichen Maßnahmen auf derartige Ereignisse. Neben dem Nachweis der Berechtigung der von staatlicher Seite bzw. Behörden getroffenen Maßnahmen ist auch deren Akzeptanz seitens der Bevölkerung entscheidend für eine erfolgreiche Bewältigung.

Ziele und Vorgehen

Ziel des Projekts LegiNot ist eine systematische Analyse von staatlichem Handeln in Notfalllagen. Die COVID-19-Pandemie bietet hierzu die notwendige empirische Basis. In den Fachgebieten der Rechtswissenschaft, der Soziologie und der Kriminologie werden u. a. die verfassungsrechtlichen Grundlagen von Notfallmaßnahmen beleuchtet, deren Akzeptanz auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger untersucht sowie die behördliche Sicherheitskommunikation analysiert. Neben der Betrachtung konkreter Maßnahmen in mehreren deutschen Städten werden auch die sich verändernden Reaktionen der Bevölkerung auf staatliche Maßnahmen bei langanhaltenden Krisen untersucht.

Innovationen und Perspektiven

Die Ergebnisse dienen Kommunen, Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben als Orientierung für die lokale Ausgestaltung von zukünftigen Notfallmaßnahmen und für die Kommunikation in Notfällen. Die Erkenntnisse werden in Form von praxisbezogenen Handlungsempfehlungen aufbereitet und sollen dazu beitragen, kommende Notfalllagen besser zu bewältigen.



Lokale Notfallmaßnahme im Zuge der COVID-19-Pandemie

Programm

Forschung für die zivile Sicherheit
Bekanntmachung: „Zivile Sicherheit – Gesellschaften im Wandel“

Gesamtzuwendung

1,3 Mio. Euro

Projektlaufzeit

März 2022 – Februar 2025

Projektpartner

- Eberhard Karls Universität Tübingen – Juristische Fakultät – Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement, Tübingen
- Universität Bielefeld – Fakultät für Rechtswissenschaft – Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte, Bielefeld
- Albert-Ludwigs-Universität Freiburg – Centre for Security and Society, Freiburg im Breisgau

Assoziierte Partner

- Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Regionalverband Rhein-Main, Frankfurt a. M.
- Polizeipräsidium Freiburg
- Stadt München

Verbundkoordinatorin

Prof. Dr. Rita Haverkamp
Eberhard Karls Universität Tübingen
E-Mail: rita.haverkamp@uni-tuebingen.de